

Großer, Günter

Article — Digitized Version

Weltwirtschaft am Rande der Rezession

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Großer, Günter (1974) : Weltwirtschaft am Rande der Rezession, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 54, Iss. 11, pp. 554-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134747>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

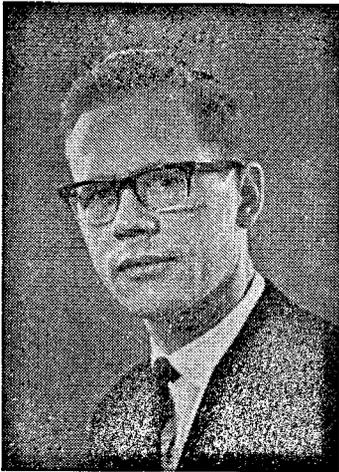
Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Günter Großer

Weltwirtschaft am Rande der Rezession

Konjunkturprognosen sind noch nie in der Nachkriegszeit mit so viel Risiko behaftet gewesen wie gegenwärtig. Die Wirtschaftsforschungsinstitute mußten daher in der jüngsten Gemeinschaftsdiagnose ihre Voraussage einer konjunkturellen Belebung in der Bun-

desrepublik während des zweiten Halbjahrs 1975 auf eine Reihe von Hypothesen stützen. Dazu zählt auch die Annahme, daß die Industrieländer mit großen Zahlungsbilanzproblemen weder zu protektionistischen Maßnahmen greifen noch den wirtschaftspolitischen Restriktionskurs verschärfen werden. Für die Realisierung dieser Hypothese kann die Bundesrepublik selbst wenig tun, auch wenn sie den Defizitländern zu helfen sucht, etwa durch den Italien-Kredit und die Garantieübernahme für die EG-Gemeinschaftsanleihe.

Die Lage im Ausland ist dadurch gekennzeichnet, daß die Restriktionen, die zur Eindämmung der weltweiten Inflation ergriffen worden sind, zu einem allgemeinen Konjunkturabschwung geführt haben. Das gilt besonders ausgeprägt für die USA und Japan, aber in schwächerem Maße auch für die meisten westeuropäischen Industrieländer. Angesichts der zunehmenden Beeinträchtigung der Beschäftigungslage ist tatsächlich in der Regel kaum damit zu rechnen, daß der Restriktionskurs noch verschärft wird. Vielmehr dürfte häufig – spätestens mit ersten Anzeichen für eine Verlangsamung des starken Preisauftriebs – der Druck unwiderstehlich werden, der Verschlechterung der Arbeitsmarktlage durch eine Lockerung der konjunkturellen Bremspolitik entgegenzuwirken.

Von entscheidender Bedeutung wird dann die außenwirtschaftliche Handlungsfreiheit der wirtschaftspolitischen Instanzen sein. Die Kurzsichtigkeit einer Flucht in den Protektionismus zur vermeintlichen Sicherung nationaler Beschäftigungsziele wird zwar weithin erkannt. Aber eine gewisse Garantie für die Vermeidung eines derartigen Verzweiflungsschrittes erscheint nur gegeben, wenn zunächst die Finanzierung der vor allem ölpreisbedingten Leistungsbilanzdefizite gesichert werden kann. Dazu bedarf es

gemeinsamer Anstrengungen der Defizit- und der Überschußländer bei der Weiterentwicklung der bereits erkennbaren Ansätze. Längerfristig kann allerdings eine Lösung der außerordentlichen Probleme nicht durch ein „Recycling“ zwischen Ölexportländern und Ölimportländern, sondern nur durch einen internationalen Leistungstransfer zu Lasten der Defizitländer erfolgen.

Ein Mißerfolg bei der Bewältigung der akuten Zahlungsbilanzprobleme hätte wohl eine Überdrehung der Restriktionsschraube in vielen Ländern und/oder eine protektionistische Kettenreaktion im Welthandel zur Folge. Beides würde in die bereits häufig angekündigte Weltrezession führen. Andererseits muß bei wirtschaftspolitischen Bemühungen zur Stützung von Nachfrage und Produktion die Gefahr beachtet werden, daß die Inflation nicht neu angeheizt und so schließlich das Ziel der Beschäftigungssicherung ebenfalls verfehlt wird. Die gegenwärtige Gratwanderung der Wirtschaftspolitik wird hier offensichtlich.

Sollte die – von der Ölpreisexlosion nur stimulierte – Zuspitzung der Verteilungskämpfe in den Industrieländern ein Ausdruck dafür sein, daß die herrschenden gesellschaftlichen Strömungen mit den überkommenen marktwirtschaftlich geprägten Wirtschaftssystemen nicht mehr vereinbar sind, dann wäre ein Ausweg aus dem wirtschaftspolitischen Dilemma der Industrieländer kurzfristig kaum absehbar. Das hieße: eine fühlbare Beeinträchtigung des Lebensstandards in den Industrieländern wäre wohl nicht zu vermeiden. Nicht zuletzt diese Art Zwang der Verhältnisse läßt die Annahme nicht von vornherein als unrealistisch erscheinen, daß in den wichtigsten Industrieländern die Herausforderung durch die gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Anpassungsschwierigkeiten letztlich doch bewältigt wird.